

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
mit Antwort der Landesregierung  
- Drucksache 17/5123 -**

**Entlastung der niedersächsischen Kommunen durch den Bund im Bundestagswahlkreis  
Goslar - Northeim - Osterode**

**Anfrage des Abgeordneten Rudolf Götz (CDU)** an die Landesregierung,  
eingegangen am 04.02.2016, an die Staatskanzlei übersandt am 11.02.2016

**Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport** namens der Landesregierung vom 09.03.2016,  
gezeichnet

Boris Pistorius

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Die CDU-geführte Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Entscheidungen zur finanziellen Entlastung der Kommunen getroffen.

Beispielhaft seien folgende Maßnahmen erwähnt:

- vollständige Erstattung der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung,
- Beteiligung des Bundes am Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige (Investitions- und Betriebskosten),
- verstetigte und erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen mit Behinderungen,
- pauschale Entlastung der Kommunen in 2015 und 2016 um jährlich 1 Milliarde Euro, in 2017 um 2,5 Milliarden,
- Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen für den Zeitraum 2015 bis 2018,
- Entlastungsmaßnahmen im Bereich Flüchtlinge/Asylbewerber.

**Vorbemerkung der Landesregierung**

Der Bund hat die Kommunen in den vergangenen Jahren auf vielfältige Weise entlastet. Darunter waren dauerhafte wie auch temporäre bzw. einmalige Entlastungsmaßnahmen. Die Landesregierung hat die entlastenden Maßnahmen stets begrüßt und in den parlamentarischen Verfahren des Bundesrates positiv begleitet. Wenn auch die meisten dieser Maßnahmen direkte Entlastungen bei den Kommunen hervorgerufen haben, so sind die Entlastungsmaßnahmen im Bereich der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern teilweise direkt an die kommunale Ebene, teilweise jedoch auch an das Land zur anteiligen Weiterleitung gerichtet gewesen. Hierauf wird näher in der Antwort zu Frage 1 eingegangen.

**1. Welche die niedersächsischen Kommunen finanziell entlastenden Maßnahmen hat der Bund in den Jahren 2011 bis 2015 getroffen?**

Der Bund hat in den Jahren 2011 bis 2015 folgende kommunalentlastende Maßnahmen getroffen, die wie folgt klassifiziert werden können:

## I. Entlastungen im Sozialbereich

- a) Vollständige Kostenübernahme des Bundes bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung:

Das Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) enthält seit dem 01.01.2009 eine Regelung zur Beteiligung des Bundes an den Nettoausgaben für Geldleistungen nach dem Vierten Kapitel des SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung). Die Höhe der Bundesbeteiligung ist im Laufe der Jahre sukzessive angestiegen. Seit dem 01.01.2014 werden den Ländern die für das jeweilige Kalenderjahr entstandenen Nettoausgaben für Geldleistungen nach dem Vierten Kapitel des SGB XII gemäß § 46 a Abs. 1 Nr. 2 SGB XII vollumfänglich durch den Bund erstattet.

Träger der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind in Niedersachsen die Landkreise und kreisfreien Städte sowie die Region Hannover als örtliche Träger der Sozialhilfe und das Land als überörtlicher Träger der Sozialhilfe. In § 12 Abs. 4 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs (Nds. AG SGB XII) ist die Weiterleitung der Einnahmen aus der Bundesbeteiligung bzw. -erstattung an die örtlichen Träger der Sozialhilfe für die Aufgabenwahrnehmung in eigener sachlicher Zuständigkeit und für die Aufgabenwahrnehmung in sachlicher Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe geregelt.

Nach der bis zum 31.12.2013 geltenden Rechtslage in Niedersachsen ist die Bundesbeteiligung in voller Höhe an die örtlichen Träger der Grundsicherung weitergeleitet worden. Dies galt auch für den auf das Land als überörtlichen Träger der Grundsicherung entfallenden Anteil. Dadurch haben die örtlichen Träger der Grundsicherung im Jahr 2013 weitestgehend eine Deckung der ihnen nach dem Vierten Kapitel des SGB XII in eigener sachlicher Zuständigkeit entstandenen Nettoausgaben erreicht.

Aufgrund der hundertprozentigen Bundeserstattung ab dem Jahre 2014 ist § 12 Abs. 4 Nds. AG SGB XII geändert worden, um sicherzustellen, dass jeder Träger der Grundsicherung seine Nettoausgaben vollumfänglich erstattet erhält. Nach der mit Wirkung vom 01.01.2014 geltenden Rechtslage werden den örtlichen Trägern und dem überörtlichen Träger der Grundsicherung die Nettoausgaben für Geldleistungen nach dem Vierten Kapitel des SGB XII in voller Höhe erstattet.

Die Höhe der Bundesbeteiligung bzw. -erstattung nach § 46 a Abs. 1 SGB XII stellt sich in den Jahren 2011 bis 2015 wie folgt dar:

Jahr	Höhe der Bundesbeteiligung bzw. -erstattung	erstattungsfähige Ausgaben des Vierten Kapitels des SGB XII
2011	15 v. H.	Nettoausgaben des Vorvorjahres
2012	45 v. H.	Nettoausgaben des Vorvorjahres
2013	75 v. H.	Nettoausgaben für Geldleistungen des Jahres 2013
2014	100 v. H.	Nettoausgaben für Geldleistungen des Jahres 2014
2015	100 v. H.	Nettoausgaben für Geldleistungen des Jahres 2015

- b) Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige:

Der Bund hat mit den Investitionsprogrammen „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008 bis 2013 (Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder vom 10.12.2008), „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2013 bis 2014 (Gesetz zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vom 15.02.2013) und „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2015 bis 2018 (Gesetz zur zusätzlichen Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie zur Änderung des Lastenaus-

gleichgesetzes vom 22.12.2014) dem Land Niedersachsen Mittel zur Förderung für Investitionsvorhaben zur Schaffung neuer Betreuungsplätze für unter Dreijährige in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege zur Verfügung gestellt. Diese Mittel wurden bzw. werden über die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zu Förderung von Investitionen im Bereich der Kinderbetreuung der unter Dreijährigen (RIK) bzw. die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren (RAT) an die Kommunen ausgeschüttet.

Daneben beteiligt sich der Bund über die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens zugunsten des Landes im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes seit 2009 an den Betriebskosten im Rahmen des U3-Betreuungsausbau.

- c) Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II):

Das Land Niedersachsen leitet die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung zu 100 % an die niedersächsischen Kommunen weiter. Die jeweilige Bundesbeteiligung bemisst sich nach den bundesgesetzlichen Regelungen des § 46 Abs. 5 bis 7 a SGB II.

Zweckgebundene Bundesbeteiligung gemäß § 46 Abs. 5 bis 7 a SGB II an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II nach Jahren:

2011	35,8 %,
2012	35,8 %,
2013	34,1 %,
2014	31,8 %,
2015	35,8 %.

Diese Bundesbeteiligung enthält sowohl den fixen Wert gemäß § 46 Abs. 5 SGB II als auch den Wert für Leistungen nach § 28 SGB II sowie nach § 6 b BKGG, der für die Jahre 2011 und 2012 jeweils 5,4 Prozentpunkte beträgt und für die Jahre 2013 bis 2015 mit der jeweiligen Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung festgelegt wurde.

Durch das Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 22.12.2014 (BGBl. I 2014, 2411) wurde das Volumen der Bundesbeteiligung für die Jahre 2015 bis 2017 um jeweils 3,7 Prozentpunkte gegenüber den Verhältnissen des Jahres 2014 angehoben.

Das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern vom 24.06.2015 (BGBl. I 2015, 974) wird die Bundesbeteiligung im Jahr 2017 um weitere 3,7 Prozentpunkte anheben. Eine Finanzwirkung hierdurch wird daher erst im Jahr 2017 eintreten.

Die Weitergabe der Bundesbeteiligung ist im Nds. AG SGB II geregelt. Die kommunalen Träger erhalten demnach gemäß § 4 Abs. 1 Nds. AG SGB II von den Bundesmitteln nach § 46 Abs. 5 bis 7 a SGB II Erstattungen für ihre Leistungen für Unterkunft und Heizung, Beträge zur Deckung der Verwaltungskosten und Zweckausgaben zum Ausgleich der notwendigen Kosten für Bildung und Teilhabe nach § 6 b BKGG und nach § 28 SGB II.

## II. Förderung kommunaler Investitionen

- a) Einrichtung des Sondervermögens „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ durch Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern vom 24.06.2015 zur Förderung kommunaler Investitionen.
- b) Erhöhung des gemeindlichen Anteils an der Umsatzsteuer durch Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern vom 24.06.2015.

### III. Unterstützung im Rahmen der Asyl- und Flüchtlingspolitik

Mit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen seit Mitte des vergangenen Jahres hat eine finanzielle Entlastung des Bundes an Länder und Kommunen für die damit verbundenen Kosten erheblich an Bedeutung gewonnen. Seine Zusage, die Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern zu entlasten, hat der Bund mit Artikel 3 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern vom 24.06.2015 (BGBl. I S. 974) sowie Artikel 8 des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722 ff) umgesetzt. Diese Entlastungen erfolgen über Aufstockungen der Länderanteile an der Umsatzsteuer im FAG. In den Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen gibt es keinen sich daran anschließenden Automatismus, mit dem diese Mittel unmittelbar und vollständig an die kommunale Ebene weitergeleitet wird. Allerdings sind die Landeseinnahmen aus der Umsatzsteuer Bestandteil der vom kommunalen Finanzausgleich herangezogenen Verbundmasse. Von dieser 1 Milliarde Euro entfielen auf das Land Niedersachsen 90 Millionen Euro, von denen die Hälfte vom Land zu refinanzieren sind.

Ab dem 01.01.2016 hat der Bund nach dem gemeinsamen Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik am 24.09.2015 zugesagt, zur finanziellen Entlastung der Länder monatlich 670 Euro pro Asylbewerberin und Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von der Registrierung bis zur Erteilung eines Bescheides durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu tragen. Für abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber wird die Pauschale für einen weiteren Monat gezahlt. Dieser Erstattungszeitraum umfasst sowohl den Aufenthalt für die Durchführung der Erstaufnahme in der Landesaufnahmebehörde als auch die mögliche Anschlussunterbringung in den Kommunen. Für das Jahr 2016 erhält das Land eine Abschlagszahlung ebenfalls über die Umsatzsteuer. Ende 2016 soll eine personenscharfe Spitzabrechnung erfolgen, die bei der für 2017 festzulegenden Abschlagszahlung berücksichtigt wird. Darüber hinaus beteiligt sich der Bund 2016 an den Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Insgesamt erhält das Land Mittel in Höhe von 345 Millionen Euro, in denen allerdings noch ein Betrag i. H. v. 32 Millionen Euro für eine allgemeine Verbesserung der Kinderbetreuung enthalten ist.

Darüber hinaus wird durch eine Erhöhung des gemeindlichen Anteils an der Umsatzsteuer durch das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern vom 24.06.2015 eine direkte kommunale Entlastung ebenfalls sichergestellt. Die diesbezüglichen Entlastungsbeträge werden im Nachfolgenden zusammen mit der Maßnahme nach II b dargestellt.

#### 2. In welcher Höhe entlastet die jeweilige Maßnahme in welchem Jahr die niedersächsischen Kommunen finanziell (bitte auch nach Jahren getrennt die Entlastungswirkung aufzuführen)?

Die Entlastungsbeträge für die Maßnahmen entsprechend den Gliederungsziffern der Antwort zu Frage 1 für alle niedersächsischen Kommunen können der nachstehenden Auflistung entnommen werden.

Zu I a:

Höhe der Kostenübernahme bei Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung:

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
	64.505.722,81€	201.854.463,75€	401.257.412,20€	563.963.284,91€	604.713.175,62€

Zu I b:

Übersicht über die Entlastung der niedersächsischen Kommunen nach den Investitionsprogrammen „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008 bis 2013, 2013 bis 2014 sowie Anteil des Umsatzsteuer-

eraufkommens, der im Rahmen der allgemeinen Finanzhilfe den kommunalen und freien Trägern als Zuschuss zu den Personalkosten der Kindertageseinrichtungen in den Jahren 2011 bis 2015 gewährt worden ist:

<b>Jahr Maß- nahme</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
<b>Invest.- Programm 2008 - 2013</b>	31.531.619 €	39.977.317 €	35.339.686 €	15.666.025 €	2.725.158 €
<b>Invest.- Programm 2013 - 2014</b>			1.699.663 €	12.420.293 €	30.266.455 €
<b>USt-Anteil</b>	33.250.000 €	47.500.000 €	68.286.000 €	76.712.500 €	80.275.000 €

Zu I c:

Netto-Entlastung bei den Kosten der Unterkunft (KdU) im Bereich SGB II:

<b>Jahr</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
<b>Summe Entlas- tung</b>	436.162.325,76 €	436.694.107,54 €	424.946.958,17 €	400.184.113,19 €	447.692.065,95 €

Zu II a:

Die nach dem Niedersächsischen Kommunalinvestitionsförderungsgesetz finanzschwachen niedersächsischen Kommunen können die ihnen zugeteilten Investitionspauschalen in den Jahren 2015 bis 2018 nach Bedarf abrufen. Von daher kann für die Jahre 2016 bis 2018 noch keine Aufteilung vorgenommen werden.

<b>Jahr</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
<b>KIP-Mittel</b>	261.188,34 €	327.279.311,63 €		

Zu II b:

Der Bund entlastet die Kommunen in den Jahren 2015 und 2016 mit jeweils 500 Millionen Euro sowie im Jahr 2017 mit 1,5 Milliarden Euro über einen entsprechenden Festbetrag bei der Umsatzsteuerverteilung nach § 1 Satz 3 FAG.

Unter Zugrundelegung der Schlüsselzahl aus § 1 der Verordnung über die Festsetzung der Länderschlüsselzahlen und die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils am Aufkommen der Umsatzsteuer nach § 5 c des Gemeindefinanzreformgesetzes von „0,083266941“ ergibt sich für die vorstehend genannten Jahre für die niedersächsischen Gemeinden in Gänze folgender Entlastungseffekt:

<b>Jahr</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
<b>USt-Anteil</b>	41.633.470,5 €	41.633.470,5 €	124.900.411,5 €

- 3. In welcher Höhe entlastet die jeweilige Maßnahme in welchem Jahr den Landkreis Northeim, den Landkreis Osterode und den Landkreis Goslar sowie die jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden bzw. Samtgemeinden (bitte die Entlastungswirkung je Maßnahme getrennt nach Jahren den jeweiligen Gebietskörperschaften zuzuordnen)?**

Zu I a:

Eine Verteilung der Bundesbeteiligung bzw. -erstattung ist gemäß § 12 Abs. 4 Satz 1 Nds. AG SGB XII auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe vorgesehen, d. h. auf die Landkreise und kreisfreien Städte und die Region Hannover, nicht aber auf die kreisangehörigen Gemeinden, die gegebenen-

falls ihrerseits durch die örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Aufgabenwahrnehmung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII herangezogen wurden. Eine weitere Aufschlüsselung auf die einzelnen kreisangehörigen Gemeinden ist daher nicht möglich.

Jahr	LK Northeim <sup>1)</sup>	LK Osterode/Harz <sup>1)</sup>	LK Goslar <sup>1)</sup>
2011	1.080.852,54 €	664.103,75 €	1.348.573,58 €
2012	3.715.297,54 €	2.015.725,57 €	3.999.938,78 €
2013	6.688.639,48 €	3.938.836,28 €	8.410.361,93 €
2014	9.228.163,82 €	5.682.096,90 €	11.584.848,73 €
2015	10.155.399,36 €	6.022.917,54 €	12.985.841,51 €

<sup>1)</sup> Die hier genannten Erstattungsbeträge umfassen einen Betrag der dem jeweiligen örtlichen Träger der Sozialhilfe für die Aufgabenwahrnehmung in eigener sachlicher Zuständigkeit entstandenen Nettoausgaben und einen Betrag in Höhe der für die Aufgabenwahrnehmung in sachlicher Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe entstandenen Nettoausgaben.

Zu I b:

Eine Übersicht über die finanzielle Entlastung durch die Investitionsprogramme „Kinderbetreuungsfinanzierung“ in den Landkreisen Northeim, Osterode und Goslar bzw. den jeweiligen kreisangehörigen Städten und Gemeinden bzw. Samtgemeinden in den Jahren 2011 bis 2015 kann den nachstehenden Tabellen mit den geförderten Investitionsvorhaben nach RIK bzw. RAT entnommen werden.

Die Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten beim U3-Ausbau wird durch die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes sichergestellt. Der dem Land Niedersachsen zustehende Anteil (ca. 9,5 %) wird in Kap. 13 01 Titel 015 01 vereinnahmt und bei Bedarf von MF nach Kap. 07 74 TGr. 70 bis 72 umgesetzt.

Mit den beiden Investitionsprogrammen „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008 bis 2013 und „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2013 bis 2014 wurde jeweils eine aufwachsende und dauerhafte Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten geregelt.

Das Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2015 bis 2018 sieht dagegen nur eine zeitlich auf die Jahre 2017 und 2018 begrenzte Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten vor.

Der Anteil an der Umsatzsteuer, der auf die Landkreise Northeim, Osterode und Goslar bzw. auf die jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden bzw. Samtgemeinden entfällt, kann nicht beziffert werden, da der Anteil im Rahmen der allgemeinen Finanzhilfe den kommunalen und freien Trägern als Zuschuss zu den Personalkosten der Kindertageseinrichtungen in den Jahren 2011 bis 2015 gewährt worden ist.

Übersicht RIK-Mittel:

Landkreis Goslar

Antragsteller	Fördersumme	Bundesmittel	Datum des Bescheides	Mittelabruf
Stadt Seesen	67.798,12€	64.229,80€	15.04.2011	67.798,12€
Stadt Seesen	86.760,71€	82.194,36€	20.07.2011	86.760,71€
Stadt Seesen	70.443,57€	66.736,01€	11.11.2011	70.443,57€
Landkreis Goslar	3.982,81€	3.773,19€	02.12.2011	3.982,81€
Landkreis Goslar	1.578,39€	1.495,32€	02.12.2011	1.578,39€
Stadt St. Andreasberg	11.996,43€	11.365,04€	13.01.2012	11.996,43€
Stadt Oberharz	31.101,66€	29.464,73€	09.03.2012	31.101,66€
Stadt Langelsheim	430.317,58€	407.669,29€	16.03.2012	430.317,58€
Landkreis Goslar	4.971,93€	4.710,25€	21.03.2012	4.971,93€
Landkreis Goslar	13.592,67€	12.877,27€	25.04.2012	13.592,67€
Landkreis Goslar	9.531,13€	9.029,49€	25.05.2012	9.531,13€
Stadt Seesen	217.420,00€	205.976,84€	01.08.2012	217.420,00€
Landkreis Goslar	775,47€	734,66€	29.08.2012	775,47€
Landkreis Goslar	1.194,79€	1.131,91€	30.08.2012	1.194,79€
Stadt Oberharz	65.000,00€	61.578,95€	05.09.2012	65.000,00€

Antragsteller	Fördersumme	Bundesmittel	Datum des Bescheides	Mittelabruf
Landkreis Goslar	2.688,20€	2.546,72€	25.09.2012	2.688,20€
Stadt Goslar	435.000,00€	412.105,26€	25.09.2012	435.000,00€
Landkreis Goslar	14.737,43€	13.961,78€	27.09.2012	14.737,43€
Landkreis Goslar	14.090,44€	13.348,84€	27.09.2012	14.090,44€
Landkreis Goslar	2.659,81€	2.519,82€	22.10.2012	2.659,81€
		<b>1.407.449,53€</b>		

## Landkreis Northeim

Antragsteller	Fördersumme	Bundesmittel	Datum des Bescheides	Mittelabruf
Stadt Northeim	217.500,00€	206.052,63€	12.01.2011	217.500,00€
Landkreis Northeim	18.380,32€	17.412,93€	26.08.2011	18.380,32€
Landkreis Northeim	4.221,80€	3.999,60€	08.09.2011	4.221,80€
Stadt Einbeck	216.375,00€	204.986,84€	22.11.2011	216.375,00€
Stadt Einbeck	41.224,31€	39.054,61€	09.05.2012	41.224,31€
Gemeinde Katlenburg-Lindau	217.500,00€	206.052,63€	19.07.2012	217.500,00€
Stadt Uslar	82.080,00€	77.760,00€	25.07.2012	82.080,00€
Stadt Moringen	357.852,64€	339.018,29€	06.08.2012	357.852,64€
Stadt Northeim	217.500,00€	206.052,63€	08.08.2012	217.500,00€
Stadt Bad Gandersheim	212.491,38€	201.307,62€	16.08.2012	212.491,38€
		<b>1.501.697,78€</b>		

## Landkreis Osterode

Antragsteller	Fördersumme	Bundesmittel	Datum des Bescheides	Mittelabruf
Landkreis Osterode	230,70€	218,56€	01.04.2011	230,70€
Landkreis Osterode	6.049,00€	5.730,63€	28.11.2011	6.049,00€
SG Hattorf am Harz	88.262,56€	83.617,16€	04.01.2012	88.262,56€
Landkreis Osterode	1.342,93€	4.572,25€	18.01.2012	1.342,93€
Landkreis Osterode	41.172,78€	39.005,79€	25.01.2012	41.172,78€
Gemeinde Bad Grund	83.755,44€	79.347,26€	29.02.2012	83.755,44€
Stadt Bad Sachsa	63.300,50€	59.968,89€	13.07.2012	63.300,50€
Landkreis Osterode	10.837,19€	10.266,81€	23.07.2012	10.837,19€
Landkreis Osterode	2.564,88€	2.429,89€	25.07.2012	2.564,88€
Landkreis Osterode	5.236,49€	4.960,89€	01.08.2012	5.236,49€
Stadt Bad Lauterberg	166.913,26€	158.128,35€	27.08.2012	166.913,26€
SG Hattorf am Harz	17.596,81€	16.670,66€	19.09.2012	17.596,81€
Stadt Bad Sachsa	65.000,00€	61.578,95€	24.09.2012	65.000,00€
Stadt Osterode	97.500,00€	92.368,42€	12.10.2012	97.500,00€
Stadt Osterode	65.450,00€	62.005,26€	24.10.2012	65.450,00€
Stadt Osterode	414.984,81€	393.143,50€	09.11.2012	414.984,81€
		<b>1.074.013,27</b>		

## Übersicht RAT-Mittel:

## Landkreis Goslar - RAT II Mittel

Antragsteller	Fördersumme	Bundesmittel	Datum des Bescheides	Mittelabruf
Landkreis Goslar	12.750,00 €	9.044,93 €	11.07.2013	12.750,00 €
Landkreis Goslar	25.500,00 €	18.089,86 €	25.07.2013	25.500,00 €
		<b>27.134,79 €</b>		

## Landkreis Northeim - RAT II und IV Mittel

Antragsteller	Fördersumme	Bundesmittel	Datum des Bescheides	Mittelabruf
Stadt Hardegsen	115.500,00 €	81.000,00 €	24.01.2013	115.500,00 €
Stadt Northeim	115.500,00 €	81.000,00 €	30.01.2013	115.500,00 €
Stadt Einbeck	59.241,95 €	53.790,60 €	21.03.2013	59.241,95 €
Flecken Nörten-Hardenberg	92.417,54 €	64.812,30 €	29.04.2013	92.417,54 €
Flecken Bodenfelde	115.500,00 €	81.000,00 €	30.07.2013	115.500,00 €
Stadt Uslar	115.500,00 €	115.500,00 €	02.10.2013	115.500,00 €
Gemeinde Kalefeld	68.530,00 €	53.486,96 €	17.12.2013	68.530,00 €
Stadt Einbeck	115.500,00 €	81.000,00 €	18.12.2013	115.500,00 €
Stadt Bad Gandersheim	56.579,60 €	56.579,60 €	23.12.2013	56.579,60 €
<b>Gesamt RAT II</b>		<b>668.169,46 €</b>		
Flecken Nörten-Hardenberg	180.000,00 €	0,00 €	04.09.2015	180.000,00 €
Stadt Bad Gandersheim	180.000,00 €	175.500,00 €	08.09.2015	0,00 €
Stadt Dassel	144.000,00 €	140.400,00 €	09.09.2015	0,00 €
Stadt Northeim	180.000,00 €	0,00 €	15.09.2015	180.000,00 €
Gemeinde Kalefeld	100.065,45 €	100.065,45 €	16.09.2015	0,00 €
Flecken Nörten-Hardenberg	48.432,38 €	47.220,39 €	16.10.2015	0,00 €
Stadt Northeim	180.000,00 €	4.500,00 €	21.12.2015	0,00 €
<b>Gesamt RAT IV</b>		<b>467.685,84 €</b>		

## Landkreis Osterode - RAT II Mittel

Antragsteller	Fördersumme	Bundesmittel	Datum des Bescheides	Mittelabruf
Landkreis Osterode	8.163,30 €	5.791,10 €	18.04.2013	8.163,30 €
Stadt Osterode	115.500,00 €	115.500,00 €	09.09.2013	115.500,00 €
		<b>121.291,10 €</b>		

Zu I c:

Summe der Entlastungsbeträge im Bereich KdU nach Landkreisen:

	2011	2012	2013	2014	2015
Landkreis Northeim	6.643.037,84 €	6.449.121,06 €	6.250.444,11 €	5.836.134,43 €	6.389.237,41 €
Landkreis Osterode	4.443.138,87 €	4.413.359,40 €	4.064.714,73 €	3.556.667,60 €	3.751.236,96 €
Landkreis Goslar	10.239.589,93 €	9.928.022,36 €	9.704.937,33 €	9.158.012,61 €	9.804.781,30 €

Zu II.a.

Kommune	Entlastungswirkung des Kommunalinvestitionsförderpakets	
	2015	2016 bis 2018
Landkreis Goslar		3.602.195,23 €
Stadt Bad Harzburg		355.537,89 €
Stadt Langelsheim		270.297,65 €
Gemeinde Liebenburg		144.863,09 €
Stadt Seesen		320.809,43 €
Stadt Braunlage		312.174,79 €
Stadt Goslar		2.111.152,78 €
Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld		810.435,86 €

Kommune	Entlastungswirkung des Kommunalinvestitionsförderpakets	
	2015	2016 bis 2018
Samtgemeinde Lutter am Barenberge		74.950,30 €
<b>Gesamt Kommunen des Landkreises Goslar</b>		<b>8.002.417,02 €</b>
Landkreis Northeim		3.820.593,97 €
Stadt Bad Gandersheim	5.683,81 €	578.939,11 €
Flecken Bodenfelde		48.046,45 €
Stadt Dassel		216.429,95 €
Stadt Hardegsen		145.945,74 €
Gemeinde Kalefeld		201.141,72 €
Gemeinde Katlenburg-Lindau		87.342,48 €
Stadt Moringen		132.189,33 €
Flecken Nörten-Hardenberg		122.736,35 €
Stadt Northeim		1.396.640,85 €
Stadt Uslar		490.501,06 €
Stadt Einbeck		994.847,60 €
<b>Gesamt Kommunen des Landkreises Northeim</b>	<b>5.683,81 €</b>	<b>8.235.354,61 €</b>
Landkreis Osterode am Harz		2.916.766,83 €
Stadt Bad Lauterberg im Harz		515.510,64 €
Stadt Bad Sachsa		457.393,53 €
Stadt Herzberg am Harz		427.274,68 €
Stadt Osterode am Harz		888.080,08 €
Gemeinde Bad Grund (Harz)		537.315,52 €
Samtgemeinde Hattorf am Harz		268.579,01 €
Samtgemeinde Walkenried		463.817,93 €
<b>Gesamt Kommunen des Landkreises Osterode am Harz</b>		<b>6.474.738,22 €</b>

Zu II b):

Die in Frage 2 durch die Erhöhung des gemeindlichen Anteils an der Umsatzsteuer dargestellten Entlastungsbeträge werden gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. der Anlage 2 der Verordnung über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer sowie über die Gewerbesteuerumlage über entsprechende Schlüsselzahlen weiterverteilt. Die in der nachstehenden Tabelle genannten Werte für die Samtgemeinden (fett hinterlegt) entsprechen den kumulierten Werten der Mitgliedsgemeinden und stellen keine eigene Entlastung dar. Insofern existiert hierfür auch keine Schlüsselzahl.

Name	Schlüsselzahl	Mehreinnahmen		
		2015	2016	2017
Bad Harzburg, Stadt	0,001659770	69.102€	69.102€	207.306€
Langelshausen, Stadt	0,001306732	54.404€	54.404€	163.211€
Liebenburg	0,000438421	18.253€	18.253€	54.759€
Seesen, Stadt	0,002001259	83.319€	83.319€	249.958€
Braunlage, Stadt	0,000506484	21.087€	21.087€	63.260€
Goslar, Stadt	0,006953734	289.508€	289.508€	868.524€
Clausthal-Zellerfeld, Berg- und Universitätsstadt	0,000846635	35.248€	35.248€	105.745€
<b>SG Lutter am Barenberge</b>		<b>6.129€</b>	<b>6.129€</b>	<b>18.386€</b>
Hahausen	0,000015685	653€	653€	1.959€

Name	Schlüsselzahl	Mehreinnahmen		
		2015	2016	2017
Lutter am Barenberge, Flecken	0,000091646	3.816€	3.816€	11.447€
Wallmoden	0,000039875	1.660€	1.660€	4.980€
<b>Goslar</b>		<b>577.050€</b>	<b>577.050€</b>	<b>1.731.150€</b>
Bad Gandersheim, Stadt	0,001111951	46.294€	46.294€	138.883€
Bodenfelde, Flecken	0,000168299	7.007€	7.007€	21.021€
Dassel, Stadt	0,000743567	30.957€	30.957€	92.872€
Hardegsen, Stadt	0,000551119	22.945€	22.945€	68.835€
Kalefeld	0,000543079	22.610€	22.610€	67.831€
Katlenburg-Lindau	0,000555293	23.119€	23.119€	69.356€
Moringen, Stadt	0,000949299	39.523€	39.523€	118.568€
Nörten-Hardenberg, Flecken	0,000709095	29.522€	29.522€	88.566€
Northeim, Stadt	0,004130810	171.980€	171.980€	515.940€
Uslar, Stadt	0,001313188	54.673€	54.673€	164.018€
Einbeck, Stadt	0,004249675	176.929€	176.929€	530.786€
<b>Northeim</b>		<b>625.559€</b>	<b>625.559€</b>	<b>1.876.676€</b>
Bad Lauterberg im Harz, Stadt	0,001213112	50.506€	50.506€	151.518€
Bad Sachsa, Stadt	0,000441526	18.382€	18.382€	55.147€
Herzberg am Harz, Stadt	0,001769815	73.684€	73.684€	221.051€
Osterode am Harz, Stadt	0,003700140	154.050€	154.050€	462.149€
Bad Grund (Harz)	0,000446281	18.580€	18.580€	55.741€
<b>SG Hattorf am Harz</b>		<b>15.185€</b>	<b>15.185€</b>	<b>45.556€</b>
Elbingerode	0,000011308	471€	471€	1.412€
Hattorf am Harz	0,000159565	6.643€	6.643€	19.930€
Hörden am Harz	0,000046366	1.930€	1.930€	5.791€
Wulften am Harz	0,000147498	6.141€	6.141€	18.423€
<b>SG Walkenried</b>		<b>21.424€</b>	<b>21.424€</b>	<b>64.272€</b>
Walkenried	0,000210798	8.776€	8.776€	26.329€
Wieda	0,000097070	4.041€	4.041€	12.124€
Zorge	0,000206719	8.606€	8.606€	25.819€
<b>Osterode am Harz</b>		<b>351.811€</b>	<b>351.811€</b>	<b>1.055.433€</b>

Zu III:

Von der im Jahr 2015 ergänzenden einmaligen Zuweisung in Höhe von 80 Millionen Euro wurden dem Landkreis Northeim 1 715 749,78 Euro, dem Landkreis Osterode 985 692,49 Euro und dem Landkreis Goslar 1 453 205,52 Millionen Euro ausgezahlt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.